



Katholische Kirche
in Oberösterreich



AK
Oberösterreich

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Präsident der AK OÖ und

ÖGB-Landesvorsitzender

Dr. Ludwig Schwarz

Diözesanbischof der Diözese Linz

**Manifest für Gerechtigkeit –
Politik für ein menschengerechtes
Wirtschaften und ein gutes Leben!**

Pressekonferenz

Dienstag, 8. Juni 2010, um 10 Uhr

Redoutensäle, Linz

Manifest für Gerechtigkeit

Angesichts der negativen sozialen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise fordern AK, ÖGB und Katholische Kirche in Oberösterreich in einem gemeinsamen „Manifest für Gerechtigkeit“ von der Politik Maßnahmen für ein menschengerechtes Wirtschaften und ein gutes Leben.

Jetzt geht es um soziale Gerechtigkeit als Basis für Frieden und Freiheit, sind sich die drei Institutionen, vertreten durch den Linzer Diözesanbischof Dr. Ludwig Schwarz sowie den oberösterreichischen AK-Präsidenten und ÖGB-Landesvorsitzenden Dr. Johann Kalliauer, einig. Sie wollen ein gemeinsames starkes Zeichen setzen. Dem „Manifest für Gerechtigkeit“ ist ein intensiver Diskussionsprozess unter Einbeziehung von Expertinnen und Experten aller drei Institutionen vorausgegangen und es spiegelt so die gemeinsamen Vorstellungen und Ziele für eine gerechte Gesellschaft wider.

Diözesanbischof Dr. Ludwig Schwarz:

Als Katholische Kirche in Oberösterreich melden wir uns immer wieder zu Wort, wenn es um soziale und wirtschaftliche Vorgänge geht und bringen christliche Werte ein. In den vergangenen zwei Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde verstärkt sichtbar, wie der Markt wirkt, wenn er sich selbst überlassen wird. Finanzspekulationen, die einigen wenigen immense Gewinne bescheren und viele andere in tiefste Armut bringen, können und dürfen gesellschaftlich nicht hingenommen werden.

Die katholische Soziallehre spricht von der Gemeinwohlverpflichtung des Reichtums. Kein Mensch kann für sich allein leben. Es ist eine bittere geschichtliche Realität, dass die Verarmung von Menschen zu Konflikten führt und sie verführbar macht, noch Schwächeren für ihr Elend die Schuld zu geben. Die Verantwortung ist stattdessen bei jenen einzufordern, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten profitiert haben. Es ist ein Mythos, dass Reichtum sich mehr allein durch eigene Leistung. Reichtum wird oft angehäuft, wo die Existenzgrundlage von vielen zerstört wird.

Diese Erfahrung gab es schon in biblischen Zeiten. Im Gleichnis vom reichen Kornbauern wird erzählt, dass ein reicher Mann noch größere Scheunen baut, um Getreide zu horten und damit den Preis hochzutreiben. Jener Mann verliert über Nacht sein Leben und angesichts des Todes zeigt sich die Absurdität seines Trachtens nach Reichtum. Hinter dieser Geschichte steckt die Erfahrung, dass dieses Anhäufen aus Profitgier tötet, zuerst und konkret jene, die sich das notwendige Getreide nicht leisten können. Die Profitgier zerstört aber auch die menschlichen Beziehungen, das Vertrauen ineinander und fällt schließlich auf jene zurück, die vordergründig profitieren.

Wenn heute Steuergelder verwendet werden müssen, um Banken zu retten, statt Spitäler zu erhalten, Bildung zu gewährleisten, alte Menschen würdig bis an ihr Lebensende zu versorgen, dann ist die Schiefelage unübersehbar. Zu Recht müssen wir fragen, wo die Profite geblieben sind, die Banken für ihre Anleger erspekuliert haben. Gewinne in den Taschen weniger zu häufen und Verluste von der Allgemeinheit tragen zu lassen, ist eine Vorgangsweise, die wir als Kath. Kirche nicht hinnehmen können.

Gerechtigkeit ist einer der häufigsten Begriffe in der Bibel. Gerechtigkeit ist ein Ziel, das immer wieder neu angestrebt und aktuell beschrieben werden muss. Immer geht es dabei jedoch um die Würde eines jeden Menschen als Ebenbild Gottes und darum, dass die existentiellen Dinge für alle zur Verfügung stehen - wie Grundversorgung, Bildung, Teilhabe an gesellschaftlichen Vorgängen usw.

Zu der Vision, dem Ziel von „Gerechtigkeit“ gehört die Grundhaltung der Solidarität.

Solidarität ist ein Wert, der Gewerkschaft, Arbeiterkammer und Kirche verbindet. Solidarität bedeutet persönliche Verantwortung: Einen eigenen Beitrag zu leisten für die Gemeinschaft, in Form von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern, in Form von konkreter Verantwortung für die Nächste, den Nächsten, denen wir begegnen. Solidarität ist aber auch kollektive Verantwortung, wo es um die Verpflichtung zum Wohle der Gemeinschaft geht. Denn es ist nicht beliebig, wie wir unser Miteinander gestalten.

Wie wir im Manifest für Gerechtigkeit formulieren:

„Es ist genug für alle da!“

Dies ist eine Feststellung und gleichzeitig auch eine Forderung. Eine Feststellung: Die Geschäfte sind voll, es gibt Häuser und Wohnungen, die unbewohnt sind. Es liegt also nicht am Vorhandensein all dessen. Hinter „genug“ verbirgt sich aber auch der Wert des Genügens. Wie ein Mitbruder, Dominik Höglinger formuliert hat: „Diese Welt bietet genug zum Leben für alle, aber nicht genug für die Gier von einigen wenigen.“ Die Forderung besteht im Teilen und ist eine Verpflichtung aller zum Gemeinwohl.

„Arbeitslosigkeit ist die ärgste Vergeudung menschlicher Fähigkeiten!“

Diese Erfahrung machen wir als kath. Kirche tagtäglich in den Einrichtungen der Betriebsseelsorge, in der Arbeit der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung, in vielen Pfarren und kirchlichen Initiativen. Arbeitslosigkeit beraubt Menschen ihrer Perspektiven, der Möglichkeit ihre Fähigkeiten einzubringen. Hinter jeder Ziffer in der Statistik verbirgt sich ein persönliches Schicksal. Menschen ziehen sich zurück, erleben sich als wertlos und gedemütigt, wenn sie arbeitslos sind. Hinter jeder Ziffer in der Statistik verbringt sich ein Mensch mit einmaligen Fähigkeiten, die wir als Gemeinschaft brauchen. Arbeitslosigkeit ist daher individuelle und kollektive Vergeudung, die wir uns als Gemeinschaft nicht leisten können, die wir uns aufgrund der Würde jedes Menschen nicht leisten wollen.

Wenn wir Forderungen an die Politik richten, sind damit nicht nur die Politikerinnen und Politiker gemeint. Unsere gesamte Gesellschaft braucht Werte und Haltungen, getragen von einem breiten Konsens, worauf konkrete politische Maßnahmen gesetzt werden. Wie im Manifest für Gerechtigkeit möchte ich hier das Sozialwort zitieren:

„Aufgabe der Politik ist es, durch Bereitstellung einer allen zugänglichen Infrastruktur, durch eine ausgleichende Steuer- und Sozialpolitik, durch rechtliche Regelung von Arbeit und Wirtschaft dafür zu sorgen, dass alle Menschen einen gerechten Anteil an den gemeinsam erwirtschafteten Gütern und Leistungen erhalten und menschenwürdig leben können“

Mit dem Manifest für Gerechtigkeit wollen wir unsere Positionen festmachen und Stellung beziehen und laden ein zu einem breiten Diskurs für eine gute Zukunft für alle Menschen.

AK-Präsident und ÖGB-Landesvorsitzender

Dr. Johann Kalliauer:

Die Krisenlasten müssen endlich gerecht verteilt werden und das gefährdete Ziel der sozialen Gerechtigkeit als gesellschaftliches Leitprinzip gestärkt werden. Spekulation und Banken haben die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg ausgelöst. Die Staaten müssen Abermilliarden Steuergelder in Rettungsmaßnahmen, Stabilisierungsprogramme und Konjunkturpakete pumpen, um den Zusammenbruch des Wirtschaftssystems zu verhindern.

Schon jetzt zahlen Arbeitnehmer/-innen und sozial Schwache, die keine Schuld an der Krise haben, die Hauptlast der Folgen: durch Arbeitsplatz- und Einkommensverluste in Folge von Kurzarbeit oder Lohnkürzungen und weil soziale Leistungen durch die hohen Budgetdefizite gefährdet sind bzw. zurückgefahren werden.

Die Arbeitslosigkeit hat im Mai 2010 in Österreich mit einer Quote von 6,3 Prozent und rund 310.000 Arbeitssuchenden (inklusive Arbeitslosen in Schulungen) ein unerträgliches Ausmaß erreicht und sie droht weiter zu steigen. In Oberösterreich gibt es eine Arbeitslosenquote von vier Prozent, das sind rund 38.000 Betroffene. Gleichzeitig wurden aber im Jahr 2009 in Österreich 313,8 Millionen Überstunden erbracht. Würde man nur die unbezahlten Überstunden abbauen, könnten bis zu 60.000 neue Jobs entstehen. Gerechtigkeit muss auch bei einer faireren Verteilung der Erwerbsarbeit ansetzen.

Auch die Zahl der Menschen, die armutsgefährdet bzw. von akuter Armut betroffen sind, ist dramatisch hoch. Als armutsgefährdet gilt, wer über weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens verfügen kann. In Österreich liegt diese Schwelle für Ein-Personen-Haushalte bei einem monatlichen Gesamtein-

kommen (inkl. Transferleistungen) von 951 Euro (815 Euro, wenn 14 Mal ausbezahlt wird). Über eine Million Menschen in Österreich bzw. zwölf Prozent der Bevölkerung leben an bzw. unterhalb dieser Schwelle. Das bedeutet, jedes Ereignis – wie längere Arbeitslosigkeit, Krankheit oder auch nur eine große Autoreparatur – stellt ein großes Risiko dar, da kein finanzieller Spielraum vorhanden ist. In Oberösterreich gilt dies für 145.000 Menschen, das sind rund zehn Prozent der Wohnbevölkerung. 500.000 Menschen in Österreich leben bereits in manifester Armut, das heißt sie verfügen über ein sehr geringes Einkommen und haben Probleme, die Wohnung zu heizen, kaputte Kleidung zu ersetzen oder soziale Kontakte aufrecht zu erhalten.

Dass 247.000 Menschen arm trotz Arbeit sind, ist ein Skandal. Das Einkommen (inkl. sonstiger Einkommen und/oder Transfers im Haushalt) dieser sogenannten „working poor“ bleibt trotz Erwerbstätigkeit unter der Armutsgefährdungsschwelle. Mehr als die Hälfte der Betroffenen (129.000 Menschen) ist ganzjährig Vollzeit beschäftigt. Steigende Arbeitslosigkeit verschärft die Situation. Pensionsdebatten und Einschnitte in der Altersvorsorge machen zusätzlich Angst.

Eine der zentralen Ursachen der Ungerechtigkeit ist die immer ungleichere Einkommens- und Vermögensverteilung. Die Gewinn- und Besitzeinkommen sind in Österreich zwischen 2002 und 2008 um 44 Prozent gestiegen, die Steuern darauf aber nur um knapp 20 Prozent. Bei den Löhnen und Gehältern war die Entwicklung genau umgekehrt: Obwohl die Bruttolöhne nur um rund 25 Prozent zunahm, stieg das Steueraufkommen um mehr als 28 Prozent.

Die Vermögen sind extrem ungleich verteilt: Alleine die reichsten zehn Prozent verfügen über mehr als zwei Drittel des gesamten, auf über 1000 Milliarden Euro geschätzten Privatvermögens in Österreich. Vom Geldvermögen besitzt allein das allerreichste Tausendstel der Österreicher/-innen acht Prozent. Das ist genauso viel, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung hat. Dennoch gehört Österreich bei den Vermögenssteuern mit einem Anteil von nur 1,4 Prozent aller Steuereinnahmen international zu den Schlusslichtern.

Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund verlangen daher eine Politik, die sowohl Vermögen und Einkommen als auch Arbeit fair verteilt und allen einen gerechten Anteil am erwirtschafteten Wohlstand ermöglicht. Notwendig ist eine produktivitätsorientierte, solidarische Lohnpolitik. Und ein Mindestlohn von 1300 Euro. Denn Menschen mit einer Vollbeschäftigung müssen so viel

verdienen, dass sie davon leben können. Auch muss Arbeit gerecht auf mehr Menschen verteilt werden. Eine generelle Verkürzung der effektiven Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigung und ein Abbau regelmäßiger Mehr- bzw. Überstunden sind das Gebot der Stunde. Die Beschäftigten brauchen auch bei Ausmaß und Lage ihrer Arbeitszeit mehr Mitsprache.

Unabdingbar ist für AK und ÖGB eine gerechtere Verteilung der Steuerlast. Allein die Anhebung der Steuern auf Vermögen auf europäisches Durchschnittsniveau würde dem Staat jährlich vier Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, sowie die Besteuerung von Spekulationsgewinnen und die Abschaffung von Steuerprivilegien der Privatstiftungen sind notwendige Beiträge zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Die Lohnsteuerzahler/-innen könnten durch eine Absenkung des Eingangs-Lohnsteuersatzes entlastet werden.

Die Katholische Kirche in Oberösterreich – mit ihrem Bischof Ludwig Schwarz – ist in Fragen der sozialen Gerechtigkeit schon lange eine verlässliche und starke Verbündete der Arbeiterkammer und des ÖGB. Es ist Ausdruck dieses starken Bündnisses, dass die drei Institutionen mit dem „Manifest für Gerechtigkeit“ ein gemeinsames starkes Zeichen gesetzt haben. AK und ÖGB werden möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über die Inhalte und Ziele des gemeinsamen „Manifests für Gerechtigkeit“ informieren und hoffen, dass es dazu beiträgt, den Begriff der sozialen Gerechtigkeit in der gesellschaftspolitischen Debatte nachhaltig zu stärken und zu verankern.

Das vollständige „Manifest für Gerechtigkeit“ finden Sie unter

www.arbeiterkammer.com/positionen.htm

www.dioezese-linz.at

www.gewerkschaft-ooe.at